

Sollen Private investieren?

Ständerat Ringen um Bahninfrastruktur-Ausbau über ZEB hinaus ist im Gange

Die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) kommt am Dienstag in den Erstrat. Er wird ZEB genehmigen. Der Streit dreht sich längst darum, was danach gebaut und wie es bezahlt wird. Neue Vorschläge zielen Richtung Einbezug einer Partnerschaft mit Privaten.

MATHIAS KÜNG

Nächsten Dienstag wird im Ständerat ein Geschäft, das weit in die Zukunft greift, grosse Aufmerksamkeit finden. Die kleine Kammer wird über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) Beschluss fassen. Die Verkehrskommission des Ständerates (KVF) unter Präsident Peter Bieri (CVP/ZG) will das vom Bundesrat vorgeschlagene ZEB-Kernangebot so rasch als möglich realisieren und den 5,2-Milliarden-Kredit für Ausgleichsmassnahmen im Regionalverkehr um 200 Millionen Franken aufstocken.

ZEB braucht es, weil bis 2030 eine Erhöhung der Verkehrsnachfrage allein bei den SBB von 14 auf 20 Milliarden Personenkilometer erwartet wird. Dies ruft nach mehr Kapazität, weil das Bahnnetz schon sehr stark ausgelastet ist, insbesondere auf den Hauptstrecken. Für ZEB, das weitere Reisezeitgewinne auf der Ost-West-Achse bringt, werden allein im Mittelland zwischen Olten und Winterthur 2,7 Milliarden Franken investiert. Grosse Brocken sind die Neubaustrecke Rapperswil-Grümet (1,1 Milliarden) oder der Eppenbergtunnel bei Schönenwerd (410 Millionen). Obwohl Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband eine Denkpause beim Infrastrukturausbau fordern, wird ZEB, nach dem die Kantone dringlich rufen, im Parlament eine Mehrheit finden und realisiert.

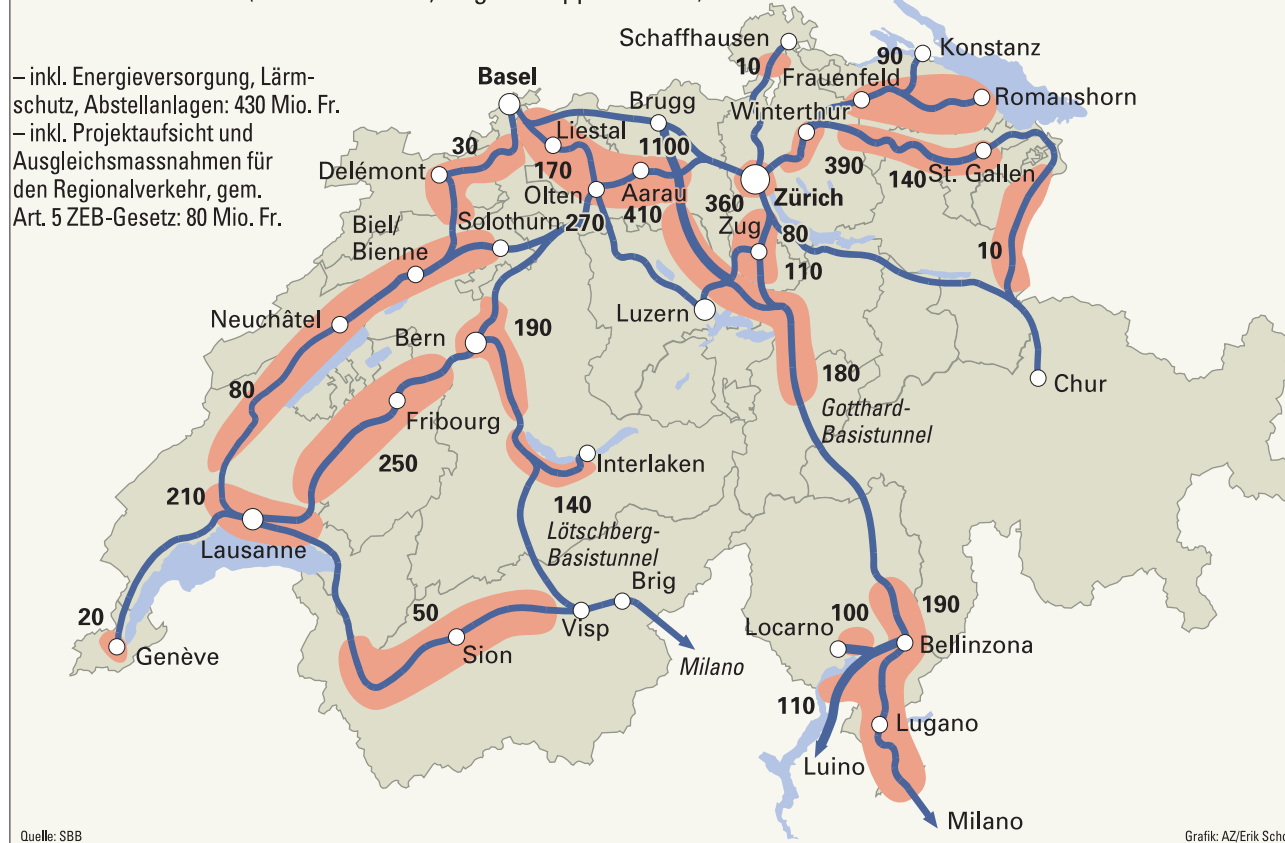
Projektideen für viele Milliarden

Doch der Weckruf der Wirtschaftsverbände zielte vielleicht mehr noch auf Projekte nach ZEB. Denn die Kantone haben bis zu 40 Milliarden teure Zusatzwünsche. Dies auch, weil wichtige Projekte, die einst vom Volk bewilligt worden sind, mangels Geld via ZEB nicht realisiert werden können. Deshalb verlangt die Mehrheit der

INVESTITIONEN ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG BAHNINFRASTRUKTUR (ZEB)

In Millionen Franken (Preisstand 2005, Angaben approximativ)

– inkl. Energieversorgung, Lärm-schutz, Abstellanlagen: 430 Mio. Fr.
– inkl. Projektaufsicht und Ausgleichsmassnahmen für den Regionalverkehr, gem. Art. 5 ZEB-Gesetz: 80 Mio. Fr.



Quelle: SBB

Grafik: AZ/Erik Scholz

KVF vom Bundesrat bis 2010 eine Vorlage über die weitere Angebotsentwicklung und den weiteren Ausbau der Bahninfrastruktur. Und sagt auch, welche Vorhaben (die zusammen auf rund 20 Milliarden kämen) besonders zu prüfen sind. Etwa eine Verdichtung am Jurasüdfuss, Beschleunigung Zürich-Luzern, Fertigausbau Lötschbergbasistunnel, Entlastung Güterverkehr Raum Baden, Entflechtung Basel Ost, Wisenbergstunnel, Neat-Zufahrten.

Im Bundesamt für Verkehr ist eine Projektorganisation bereits an der Grundlagenarbeit für eine ZEB-Folgebotschaft, da man mit einem solchen Auftrag des Parlaments rechnet. Die Zeit drängt. 2009 soll die Vorlage schon in die Vernehmlassung gehen. Entscheidende Weichen werden aber schon vorher gestellt. Das Rennen, welches Projekt Aufnahme findet, läuft bereits.

Grosser Streit um die Finanzierung

Eine Möglichkeit zur Finanzierung könnte die Neugründung ei-

ner Art Finöv-Fonds sein. Gegenüber der Idee, den bestehenden Fonds weiterzuführen, hat man im Uvek grosse demokratiepolitische Bedenken. Doch wie alimentieren? Wieder mit Geldern aus LSVA, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer? Und würde das Volk neue Gelder überhaupt genehmigen? Es kursieren weitere Finanzierungsvorschläge wie eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe, eine teurere Autobahnvignette oder ein Bahnbillett-Infrastrukturzuschlag.

Schnellerer Bau dank PPP?

Doch vielleicht naht für zentrale Projekte unerwartete Hilfe. Der vom vormaligen Argauer Ständerat Thomas Pfisterer präsierte Verein Public Private Partnership (PPP), der gestern in Bern eine Fachtagung durchgeführt hat, wirbt für partnerschaftliche Lösungen zwischen Staat und Privaten. Die Finanzierungslücken beim Infrastrukturausbau etwa im Agglo-Verkehr riefen geradezu nach PPP, hiess es an der Tagung. Pfisterer:

«PPP ist zwar kein Goldesel und löst nicht alle Probleme, kann aber Wege zur Lösung ebnen.» In diese Richtung zielt ein Vorstoss von Ständerat Didier Burkhalter (FDP/NE). Er schlägt beim Bahnbau vor, zur rascheren Umsetzung auch andere Finanzierungsmöglichkeiten, namentlich öffentlich-private Partnerschaften, zu prüfen.

Schon sehr konkret wird sein Ständeratskollege Rolf Schweiger (FDP/ZG). Er schlägt in der «Neuen Luzerner Zeitung» vor, private Geldquellen, etwa von Pensionskassen, zu erschliessen. Und hofft, dass so der für seine Region sehr wichtige Zimmerbergtunnel schneller realisiert werden kann. Schweiger ist überzeugt: «Auf einer Strecke wie Luzern-Zürich wäre es möglich, Investoren einen attraktiven Zins zu zahlen.» Diese Idee bestätigt ebenso wie das Nachdenken von Verkehrsminister Moritz Leuenberger über eine SBB-Teilprivatisierung zwecks Geldbeschaffung: (Geld-)Not macht erfinderisch und könnte auch neue Wege öffnen.

Nachrichten

Ständerat bleibt bei Paketlösung

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats will die Verlängerung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU auch nach dem ablehnenden Entscheid des Nationalrats als Gesamtpaket verabschieden. Sie hat am Donnerstag deutlich mit 9 gegen 4 Stimmen am ersten Entscheid der kleinen Kammer festgehalten, wie die Parlamentsdienste mitteilten. Ein weiterer Entscheid der grossen Kammer, wonach sieben Jahre nach der Weiterführung des verlängerten Freizügigkeitsabkommens erneut ein referendumsfähiger Beschluss über die Fortführung oder Kündigung des Abkommens vorgelegt werden soll, wurde mit 11 gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung ebenfalls klar zurückgewiesen. (AP)

Parlament Dringliche Debatte zu Öl- und Lebensmittelpreisen

Die steigenden Öl- und Lebensmittelpreise lassen auch das Schweizer Parlament nicht kalt. Am Donnerstag der dritten Sessionswoche findet eine dringliche Debatte zum Thema statt, wie die Büros der beiden Räte am Donnerstag entschieden haben. Grüne, SP- und SVP-Fraktion haben im Nationalrat eine Interpellation zur Thematik der hohen Rohstoff- und Lebensmittelpreise eingereicht. Im Ständerat erklärte das Büro die Interpellation «Ölpreis-Steigerungen ohne Ende?» von Rolf Büttiker (FDP/SO) für dringlich. (AP)

Taschenmunition Untersuchung gegen Kommandanten

Ein Truppenkommandant der Armee hat im Zusammenhang mit Falschinformationen über die Rückgabe von Taschenmunition eine militärgerichtliche Untersuchung eingeleitet. Es geht um eine im Militärdienst gestreute Information, wonach Taschenmunition statt zurückgegeben auch gekauft werden könne. Nach Medienberichten und Hinweisen aus der Truppe stellte die Armeeführung am Donnerstag in einer Mitteilung klar, dass der Kauf von Taschenmunition keine Option sei. (AP)

SBB Cargo Unterhalt bleibt bis mindestens 2010 in Bellinzona

Nach zähen Verhandlungen am «runden Tisch» sind die Bemühungen über die Zukunft des Industriewerks (IW) Bellinzona von SBB Cargo am Donnerstag einen Schritt weitergekommen. Der Unterhalt von Lokomotiven und Wagen soll mindestens bis 2010 weitergeführt werden. Eine Arbeitsgruppe sucht nach Massnahmen zur Rentabilitätssteigerung. (AP)